

Deutschland.

Berlin, 8. Dezember. Aus London wird gemeldet, daß der Prinz Heinrich, zweiter Sohn des Kronprinzen und Enkel der Königin Viktoria, dort eingetroffen ist und den Winter daselbst zubringen werde.

Die Instruktionen, welche Baron Werther nach Wien mitgenommen, dürften, wie der „N. B.-Ztg.“ von hier berichtet wird, von der Voraussetzung ausgehen, daß die österreichischen Bemühungen an den Höfen von München, Stuttgart und Darmstadt für die Konstitution des Südbundes nicht ohne allen Erfolg geblieben sind. Bezeichnend ist es jedenfalls, daß der offiziöse Lärm gegen Darmstadt nicht auf das eigentliche Objekt gerichtet ist. Hr. Hoffmann, der Darmstädtische Gesandte, soll in den letzten Tagen seine Bestallung als Bevollmächtigter zum Diplomaten-Vorparlament erhalten haben. Eine Opposition anderer Art ist es, welche diesen und andere Bevollmächtigte in mißliebigerem Lichte erscheinen läßt. Daher mag es wohl kommen, daß in der Geschäftsordnung für die Diplomaten-Konferenz die relative Majorität als zur Beschlußfassung genügend bestimmt werden dürfte. Damit sind die Befürchtungen gehoben, welche für das Zustandekommen des Verfassungs-Entwurfes gehegt werden.

Oscar Becker hat in Brüssel ein französisch geschriebenes Flugblatt erscheinen lassen, in dem er die Nothwendigkeit darstellt, nach den Ereignissen in Deutschland, die er als Thatfachen anerkennt und als einen Fortschritt zur Einheit begrüßt, einen außerhalb Europas liegenden rein deutschen Staat als „Neu-Deutschland“ unter dem Protektorat des Königs von Preußen, der „während des letzten Krieges unzweifelhaft die deutsche Einheit gefördert hat“, zu begründen, in welchem sich eine Flotte, ein Heer und alle in der Organisation des alten Deutschland noch unzulänglichen nationalen Bedürfnisse konzentriren. Was die Organisation dieser deutschen Diktatur betrifft, heißt es dann, so ist sie soeben von Oscar Becker in Angriff genommen worden. Man hat den König von Preußen um die Patronage derselben angegangen. (Will Herr Oscar Becker nachträglich beweisen, daß man ihm Unrecht gethan, als man ihm das Attribut „zugerechnet“ hat?)

Seit vorgestern konferieren die Fortschrittspartei, das linke Centrum, die nationale Fraktion, die Katholiken und Polen über die Resolutionen, welche der Abgeordnete Waldeck zum Militäretat beantragt hat. Es ist deshalb eine aus allen Fraktionen hervorgegangene Kommission gebildet worden.

Die landesherrlichen gesetzkräftigen Erlasse für die durch das Gesetz vom 20. September 1866 der preussischen Monarchie einverleibten Landesgebiete werden von jetzt an durch die in Berlin erscheinende Gesetzsammlung publizirt werden. Der „Staats-Anzeiger“ publizirt heute eine dahin gehende königliche Verordnung.

Kürzlich ist die Nachricht verbreitet worden, daß der Chef des Militär-Kabinetts, Generalmajor v. Treskow, einen anderen Wirkungsbereich erhalten habe, und der Flügel-Adjutant Oberstleutnant v. Albedyll zu seinem Nachfolger designirt sei. Wie die „N. B.-Ztg.“ an gut unterrichteter Stelle erfährt, beruht diese Angabe auf einem Mißverständnis. General v. Treskow bleibt in seiner Stellung, dagegen hat sich das Bedürfnis herausgestellt, der Abtheilung für persönliche Angelegenheiten im Militär-Kabinet einen eignen Chef zu geben. Der Oberst-Lieutenant v. Albedyll ist beinahe schon längere Zeit zur Dienstleistung ins Militär-Kabinet kommandirt.

Bekanntlich haben sich beim Beginn des diesjährigen Feldzuges einzelnen Truppentheile junge Bursche angeschlossen, welche unter Dienstleistungen aller Art die Befahren der Kampagne theilten, und nach deren Beendigung in die betreffenden Friedensgarnisonen wieder mit zurückkehrten. Durch Vermittelung der Kommandeure ist nun nachträglich angeordnet, daß diese sämtlichen jungen Krieger nach ihrem freien Willen, bis nach Eintritt des zulässigen Alters, eine kostenfreie Aufnahme und militärische Ausbildung in den beiden Unteroffizierschulen zu Potsdam und Jülich erhalten sollen, um späterhin denjenigen Regimentern wieder zugeheilt zu werden, welchen sie im Felde gefolgt waren.

Wiener Blätter melden, daß die allgemeine Wehrpflicht nach eingehenden kommissionellen Beratungen im Prinzip angenommen sei. Die Armee soll auf den Friedensstand von 850,000 Mann, mit dem zum Ausmarsch bestimmten Landwehraufgebot auf 1,100,000 Mann gebracht werden und 200,000 Mann zweites Aufgebot sollen zur Landesbesetzung bleiben. Die Zahlen sind höchst imposant. Im Militärkabinett pflegen aber nur solche Zahlen zu beweisen, die nicht bloß auf dem Papier stehen.

Das Gesetz vom 13. März 1854 hat Bestimmungen in Betreff der Zulassung von „Ausländern“ zur Eingehung einer Ehe in Preußen getroffen. Zufolge mehrfacher Anfragen, wie es mit den Bewohnern der neu erworbenen Landesheile in dieser Beziehung gehalten werden solle, ist entschieden worden, daß das vorge dachte Gesetz nicht ferner auf die den neuen Landesheilen Angehörigen Anwendung finden kann, da dieselben durch das Gesetz vom 20. September d. J. aufgehört haben, Ausländer zu sein. Daburch werde jedoch die Verpflichtung der Geistlichen und Civilstandsbeamten nicht ausgeschlossen, sich vor der Eheschließung eines solchen nunmehrigen Preußen zu vergewissern, daß denselben nach solchen einstweilen noch fortgeltenden Gesetzen seiner Heimath kein Ehehinderniß entgegenstehe.

Nach dem „Preussischen Handelsarchiv“ betrug die Einnahme des Zollvereins an Ein- und Ausgangsabgaben im ersten und zweiten Quartal 1866: 9,775,407 Thaler. Im ersten Halbjahre des Vorjahres betrug dieselbe 10,836,147 Thaler, so daß sich im laufenden Jahre eine Mindereinnahme von 1,060,740 Thaler herausstellt, welche einen Ausfall von nahezu 10 pCt. ergibt. Die Ursachen hierfür sind außer in den seit dem Jahre

1864 auf den Handels- und Geschäftsverkehr nachtheilig einwirkenden Verhältnissen, in den Kriegszuständen zu suchen. Von den Kaufleuten und Konsumenten sind in Folge dessen die disponiblen Mittel zurückgehalten. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so war, auch nach den Ergebnissen des ersten Quartals des Jahres, eine annähernde Ausgleichung des durch die im vorigen Jahre in das Leben getretenen bedeutenden Zollermäßigungen bedingten Ausfalls zu hoffen. Besonders sind Minder-Verzollungen bei rohem Kaffee und Rohzucker für inländische Siederereien, demnächst bei seidenen und halbbeidenen Waaren aller Art, Eisen- und Stahlwaaren, Holz, Getreide, geschältem Reis u. s. w., Mehrverzollungen bei Wein, Rotheisen und Leinwand zu bemerken.

Nach einer Statistik der Brauereien im preussischen Staate und in denjenigen Vereinsstaaten und Vereinsgebietstheilen, deren Regierungen mit Preußen die Uebergangsabgaben von Bier als eine gemeinschaftliche theilen, waren 1865 vorhanden: 4300 gewerbliche Brauereien, welche Bier verkaufen und der Gewerbesteuer unterliegen, in den Städten, 5533 auf dem Lande; nicht gewerbliche, bloß für den Hausbedarf betriebene Brauereien 48 in den Städten, 3044 auf dem Lande; steuerfreie Hausbrauereien in Kochkesseln u. s. w. 11,674. Der Betrag der Brauereisteuer stellte sich auf 2,809,298 Thlr. 18 Sgr. 10 Pf. Außerdem zahlen 81 gewerbliche Brauereien, welche aus Malz Eßig bereiten und nicht zugleich Bierbrauereien sind, 1966 Thlr. 6 Sgr. 3 Pf. Steuer. Die gewerblichen Brauereien haben sich in den Städten in Preußen allein um 44 vermehrt, die übrigen in der Zahl vermindert.

Am 1. Dezember wurde dem hiesigen amerikanischen Gesandten, Herrn Bigelow, die goldene Medaille überreicht, welche die französische Republikaner zu Ehren des Präsidenten Lincoln und für Frau Lincoln hatten schlagen lassen. Die Summe zur Anfertigung dieser Medaille war durch eine 5 Centimes-Subskription aufgebracht worden. Mit der Medaille wurde folgendes an Frau Lincoln gerichtete Schreiben übergeben: — „Madame: Wir sind beauftragt, Ihnen die Medaille zu überreichen, welche zu Ehren des ehrlichsten Mannes, dessen Namen Sie tragen, mehr als 40,000 französische Bürger mit dem Wunsche haben schlagen lassen, ihre Sympathien für die amerikanische Union in der Person eines ihrer berühmtesten und reinsten Repräsentanten kundzugeben. Wenn Frankreich die Freiheiten bejahe, in deren Genuß das republikanische Amerika ist, so würde man nicht nach Tausenden, sondern nach Millionen die Bewunderer Lincoln's und die Partisanen der Meinung haben, welchen er sein Leben gewidmet und die sein hat. Genehmigen Sie etc.“

Die Mitglieder des vom 1. Albert, ehemaliges Mitglied der provisorischen Regierung; Clemeo Arago, ehemaliges Volksvertreter; Varny, Professor in Genf; Louis Blanc, ehemaliges Mitglied der provisorischen Regierung.“

Hr. Bigelow nahm Medaille und Brief an und dankte dann der Deputation in den wärmsten Ausdrücken für die Sympathie, die sie für die Republik kundgegeben. Die Medaille, welche die französische Republikaner zu Ehren Lincoln's für dessen Wittve haben schlagen lassen, trägt auf der einen Seite das Bildniß Lincoln's mit der Umschrift: „Dédie par la démocratie française à Lincoln, président deux fois élu des Etats unis.“ Auf der Rückseite befinden sich folgende Worte: „Lincoln, Honnête homme, Abolit l'Esclavage, Rétablit l'union, Sauva la République sans voiler la Statue de la liberté. Il fut assassiné le 15 août 1865. Liberté, Egalité, Fraternité.“ Die Medaille, welche von Franky Magnati in Genf angefertigt wurde, hatte ungefähr einen Goldwerth von 5000 Franken. Die Arbeit selbst ist meisterhaft.

Im „Staatsanzeiger“ wird die Eintheilung des vormalig kurheffischen Gebiets in Landwehrbezirke bekannt gemacht. Danach besteht die 43. Brigade aus dem 1. Landwehr-Bataillons-Bezirk zu Kassel und dem 2. Landwehr-Bataillons-Bezirk zu Rotenburg, die 44. Brigade aus dem 1. Landwehr-Bataillons-Bezirk zu Marburg und dem 2. Landwehr-Bataillons-Bezirk zu Fulda.

Im Laufe des Monats wird hier, wie wir hören, eine Superrevision der für dienstuntauglich erklärten Reservisten und Landwehrmänner, der als jetzt unbrauchbar aus dem stehenden Heere Entlassenen, der von den Truppentheilen nicht angenommenen einjährigen Freiwilligen und der seit dem letzten Aushebungsgesetz hier eingezogenen Militärpflichtigen stattfinden.

Durch eine Allerhöchste Bestimmung ist die Uniform des Trains der der Kavallerie konform geworden. Die schnellichen Aufschläge am Waffenrock, welche bisher wie die der Beamtenuniform waren, sind jetzt hellblau, wie Kragen und Paspoile, ebenso ist das Leder an den Armaturstücken jetzt weiß, das Säbelpoppel, welches bisher unter dem Waffenrock getragen wurde, wird jetzt über demselben getragen, und endlich ist auch das Tragen des schwarzen Haarbusches, wie bei der Linien-Kavallerie, Allerhöchst gestattet worden. Es sind diese Allerhöchsten Bewilligungen jedenfalls ein Beweis dafür, daß an maßgebender Stelle die große Wichtigkeit und absolute Unentbehrlichkeit des Trains im Kriege anerkannt wird. Durch die beiden letzten Felzüge hat die Wichtigkeit dieser Truppe sowohl bei den übrigen Truppen, als auch bei den hohen und höchsten Militär-Kommando's gerechte Anerkennung und Würdigung gefunden und ist dieses neben der Tüchtigkeit der Mannschaften zumeist dem an der Spitze dieser Truppen stehenden Zuspelteur, dessen rastlosem Bemühen in Verbesserung und Besserstellung derselben zu verdanken.

In den Zeitungen ist von einer bevorstehenden Pensionierung des Unter-Staatssekretärs Müller im Kultus-Ministerium die Rede. Wie die „N. A. Z.“ aus unterrichteten Kreisen hört, dürfte diese Pensionierung nicht in so unmittelbarer Aussicht genommen

sein und ist das Gerücht wahrscheinlich daher entstanden, weil der Geh. Rath Müller in seinen Funktionen als Unter-Staatssekretär temporär durch den Vice-Appellationsgerichts-Präsidenten de Nege vertreten wird, der zu diesem Zweck von Posen hierher berufen ist.

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Berichtigung der in dem Vertrage mit Sr. Königlichen Hoheit dem Großherzog von Oldenburg, vom 27. September 1866 übernommenen Entschädigung von einer Million Thalern, welchen der Finanzminister dem Abgeordnetenhaus überreichte, hat folgenden Wortlaut:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen etc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages unserer Monarchie, was folgt:

§. 1. Die in dem Vertrage mit Sr. Königl. Hoh. dem Großherzog von Oldenburg vom 27. September 1866 übernommene Entschädigung von einer Million Thalern ist aus den Staats-Einnahmen des Jahres 1866 zu berichtigen.

§. 2. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und der Finanz-Minister sind mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Urkundlich u. s. w.

Die Verhandlung über die Annerion Schleswig-Holsteins wird erst nächste Woche stattfinden, da der Minister-Präsident am Freitag behindert war und die Sonnabendspizung eines katholischen Festtages halber ausfällt.

Berlin, 7. Dezember. (Abgeordnetenhaus.) 39. Sitzung. Eröffnung 10 Uhr 25 Minuten. Präsident v. Forckenbeck. Am Ministerische Kultusminister v. Müller und Geh. Reg. Rath Knerl. Mehrere aus Schleswig eingegangene Adressen und Petitionen gehen an die 13. Kommission. Ein Schreiben aus Altentkirchen spricht dem Hause und besonders dem Abg. Dunder den Dank aus für den Beschluß in Betreff der Erhöhung der Beamtgehälter. Dann tritt das Haus in die Tagesordnung. Fortsetzung der Beratung des Etats des Kultus-Ministeriums. Gegen den zu Tit. I. (Besoldungen im Ministerium) vom Abg. Rodden gestellten Antrag, den Direktor der Abtheilung für die katholischen Angelegenheiten den übrigen Ministerial-Direktoren im Gehalte gleichzustellen, hat der Kultus-Minister nichts einzuwenden. Der Antrag wird angenommen. Zu der Position: Ober-Kirchen-Rath wendet sich Abg. Richter (Berlin) gegen das geforderte Gehalt für einen dritten Rath. Es handelt sich hier nur um die Aufbesserung, denn die Stelle ist schon da. Von dem Ober-Kirchen-Rath aus darf in den neuen Provinzen nicht reglementirt werden. Aber ich will dem Herrn Minister einige Fragen vorlegen: Der Herr Minister hat gestern dem Hause die Kompetenz bestritten, in Besoldungsangelegenheiten der Kirche ein Votum abzugeben; wie können wir denn aber da kompetent zu der Bewilligung der Gehälter für die Mitglieder des Oberkirchenrathes sein? Die Aufgabe des Hauses ist: über alle Rechte, welche in der Verfassung niedergelegt sind, zu wachen, das ist unbestritten. Sind wir aber hierin kompetent, so frage ich weiter: ist es richtig, daß die evangelischen Angelegenheiten in den neuen Provinzen dem evangelischen Oberkirchenrath zugeheilt werden sollen, wie dies gestern hier behauptet wurde? Ich glaube es nicht, vielmehr meine ich, der Herr Minister wird diese Angelegenheiten aus rechtlichen und Zweckmäßigkeitsgründen selbst in Händen behalten. Es ist nicht zu leugnen, daß dadurch eigenthümliche Verhältnisse entstehen werden; ich frage daher ferner: ob der Herr Minister zur Regelung dieser Verhältnisse eine Synode berufen will? Was er überhaupt in jenen Provinzen thun will? — Abg. Fubel: Vor einer Konsolidirung der politischen Verhältnisse wird eine definitive Ordnung der kirchlichen Dinge nicht eintreten können. Ich frage den Herrn Minister, wie weit die Reorganisation der evangelischen Kirche gediehen ist, wie weit man in der Ausführung des Artikel 15 der Verfassung geschritten ist.

Kultusminister v. Müller: Kirche und Staat stehen zu einander mannigfaltig in intimer Beziehung, da ist keine absolute Scheidung möglich. In Hannover ist vor 4 Jahren eine größere kirchliche Verfassung eingetreten, trotzdem sind aber die Berührungspunkte mit den politischen Gewalten nicht ausgeschlossen. Ich muß jedoch hier die Einmischung der politischen Gewalten fern halten. — Abg. Dr. Lechow: Wenn wir nach Ausführung des Art. 15 der Verfassung fragen, so haben wir dazu ein Recht, denn er ist, wie alle anderen Artikel der Verfassung unserer Kontrolle unterworfen. Wir wollen nicht, daß der Kirche Alles oktroyirt wird, sie soll sich aus sich selbst ihre Verfassung geben. Wenn ich auch für die Position stimme, so erkläre ich daburch noch nicht, daß ich mit Allem übereinstimme, was der evangelische Ober-Kirchenrath angeordnet hat. — Abg. Wuttke: Es handelt sich hier nicht bloß um die evangelische, sondern auch um die katholische Kirche, die in Preußen eine Selbstständigkeit, wie in keinem anderen Staate genießt. Welchen Dank der Staat dafür erntet, selbst Sie an den Beschlüssen jener Fraktion selbst. (Heiterkeit.) Abg. Dr. Löwe (Bachum): Ich will nur auf das Materielle in der kirchlichen Frage eingehen, auf das Vermögen der Kirche, auf die Vergebung der Stellen. So lange wir noch in der Kirche den absolutistischen Druck haben, werden wir nicht zur politischen Freiheit gelangen. Durch Reorganisation unserer kirchlichen Verfassung gewinnen wir ein Band, welches unsere neuen Provinzen fester hält als jeder andere. — Abg. Wieck: Ich kann es Niemand verargen, wenn er fragt, wie es mit der evangelischen Kirche steht, aber ich glaube, daß wir uns hier bei Diskussion auf ein Gebiet heben, auf welchem wir nicht kompetent sind. Wir haben nur das Recht, darüber zu beschließen, ob wir Forderungen des Ministers für die evangelische Kirche bewilligen wollen oder nicht. (Bravo rechts.) — Abg. Richter (Berlin): In Betreff der hochtheologischen Frage verweise ich den Vorredner auf die bekannten Briefe Melancthon's. Wir wünschen nur, daß die Staatsgewalt der Entwicklung der Kirche nicht hindernd in den Weg tritt. Ich bedauere, daß der Herr Minister auf unsere Fragen keine Antwort hat. — Kultus-Minister v. Müller: Auf einem Gebiet, das nicht zur Kompetenz des Hauses gehört, Fragen zu beantworten, muß ich ablehnen, und zwar so lange, bis die neuen Länder hier vertreten sind. Für den Ausbau der Kirche ist schon viel geschehen und wird noch mehr geschehen.

Abg. Dr. Michels (Allenstein): In die inneren Angelegenheiten der Kirche mische ich mich nur so weit, als mir dazu meine Stellung als Abgeordneter das Recht giebt. Herrn Wuttke erwidere ich, daß wir keine katholische Fraktion bilden und nur deshalb im Centrum sitzen, weil dort die Wänke belegen sind; daburch kommen wir in die glückliche Lage, uns bald nach rechts, bald nach links wenden zu können, und mich gestehen, daß sehr oft meine Gefühle mich nach rechts ziehen, während ich links die Gründe finde. Herr Jung hat gestern den neuen preussischen Staat als Vertreter des Protestantismus hingestellt, das halte ich für eine Gefährde, denn das Grundverhältniß der Pietät bleibt, wie es gewesen, wenn auch jetzt die Zahl der Protestanten in Preußen mehr gewachsen ist als diejenige der Katholiken. Wir Katholiken haben auch noch Manches zu wünschen, den Vorwurf der Unanbaitbarkeit aber, welchen uns Hr. Wuttke vorhin machte, weise ich mit Entschiedenheit zurück! — Hiermit ist die Diskussion geschlossen. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen, dann wird die Position genehmigt. Bei Tit. 19 (Universitäten) nimmt Abg. Dr. Kösch das Wort und verweist auf den Umstand, daß bei der Universität zu Königsberg i. Pr. kein Privatdocent jüdischer Konfession zugelassen wird. Das Universitäts-Kuratorium

habe bereits darauf bezügliche Anträge gestellt, sei aber abgewiesen worden. Anträge will er nicht stellen. Minister v. Müllers: Wenn der Herr Vorredner nur theilweise die Thatsachen vorführt, dann ist es allerdings leicht, von Mißhandlung der jüdischen Glaubensgenossen zu sprechen. Die Zulassung jüdischer Docenten findet auf allen Universitäten mit Ausschluß von Königsberg und Münster statt, weil die Statuten dies nicht zulassen. Aus diesem Grunde wurden spätere Anträge von mir zurückgewiesen und ich mußte dies thun; jetzt sind die Verhältnisse andere geworden, und es liegt wiederum ein Antrag vor, dem das Bedürfnis vielleicht zur Seite stehen dürfte! — Abg. Dr. Rosch: Der Minister hat nur bestätigt, was ich sagte. Die letzte Erklärung des Herrn Ministers nehme ich mit Freude und Dank an. — Abg. Dr. Glaser: Das Verhältnis bei der Universität Königsberg ist nicht dasjenige von Staatsanstalten, sondern von Korporationen. — Abg. Dr. Birchow hält die Wünsche des Dr. Rosch sehr gerechtfertigt. — Abg. Wuttke wendet sich gegen den vorliegenden Antrag des Abg. Dr. Birchow, die Minimalsätze der Universitätslehrer für den nächsten Etat zu erhöhen, während Abg. Dr. Hayn denselben verteidigt und namentlich die präcise Stellung der Privatdocenten hervorhebt. — Der Finanzminister und der Kriegsminister sind in das Haus getreten.

Abg. Dr. Birchow: Ich muß anerkennen, daß ich und meine politischen Freunde schlechte Diplomaten sind, und daß wir keine die Früchte unserer Thätigkeit ernten werden, aber ich meine auch, daß das Land es dankbar anerkennen wird, daß hier im Hause eine Opposition sitzt, die die Dinge, welche Anregung verdienen, anregt. Redner wendet sich sodann zu seinem Antrage selbst und hebt dabei die geringe Besoldung vieler Lehrfächer an den Universitäten hervor. Diese geringe Besoldung sei Grund, daß unsere besten Lehrkräfte sich scharenweise aus Preußen nach anderen Universitäten wenden. Redner führt zahlreiche Specialitäten an. — Der Kultusminister verteidigt die Stellung der Regierung bei der Anstellung und Ernennung von Professoren. — Abg. Dr. Fäßling beantragt, daß bei den Universitäten zu Breslau und Königsberg, welche noch keine landwirthschaftliche Institute besitzen, die Errichtung landwirthschaftlicher Lehrstühle bewirkt werde und verteidigt diesen Antrag von Interesse der Landwirthschaft und Staatswissenschaft. — Abg. Schmidt (Radow) wünscht namentlich eine Berücksichtigung der älteren Professoren. — Dann wird die Diskussion geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Glaser: Der Abg. Birchow hat mich einen Professor in partibus genannt. Ich bin mit demselben Rechte Professor an der Universität Königsberg, mit welchem er Professor an der Universität Berlin ist und bezieht ihm das Recht, meine Angelegenheit vor sein Forum zu ziehen. Abg. v. Vinde (Hagen): Der Herr Abg. Birchow läßt keine Gelegenheit vorbegehen, um in seine Äußerungen meine Person hineinzuschleichen. Es ist das nur eine Aufmerksamkeit, die der Herr Abgeordnete mir erweist, wofür ich ihm danke, umso mehr, als er ja über seine Urtheilsfähigkeit vorhin selbst ein Urtheil abgegeben. — Nach einer Mittheilung des Abg. Dr. Birchow werden die beiden Anträge Fäßling und Birchow angenommen. (Schluß folgt.)

Apennin, 4. Dezember. Die „Apenn. Nachr.“ schreiben: Die Erkenntnis, welche unseren dänischgestimmten nordschleswigschen Landeuten jetzt kommen muß, daß der Militärpflicht damit nicht Genüge geleistet ist, für einige Tage einen Spaziergang nach Dänemark zu machen und dort einen Stellvertreter zu kaufen, diese Erkenntnis, hoffen wir, wird nicht verfehlen, ihre heilsamen Folgen zu üben. Da der Geldbeutel bei vielen Leuten eine wichtige Rolle spielt, so wird, wenn man einseht, daß man nutzlos einige hundert Thaler über die Grenze getragen hat, die nächste Folge wohl die sein, daß man in Zukunft die Rathschläge der dänischen Agitatoren erst zweimal überlegt, ehe man sie befolgt.

Hannover, 6. Dezember. Der „Hannov. Courier“ schreibt: Die hiesigen hannoverschen Offiziere wissen zur Stunde noch nichts von ihrer Eidesbindung seitens des Königs Georg. Eine allgemeine Eidesbindung ist auch sehr unwahrscheinlich. Allen, die darum nachsuchen, wird König Georg den Abschied ertheilen, weil er damit seinen Rechten nichts zu vergeben glaubt und doch den Uebertreter in andere Dienste damit ermöglicht. — Das bisherige Kadettenhaus muß Mitte des Monats wegen darin vorzunehmender Bauten geräumt werden. Die Mehrzahl der Kadetten dritter und vierter Klasse, die bis jetzt noch in der Altstadt Unterricht empfangen, macht das Examen als Portepée-Fähnrich; der Rest geht in das Kadettenhaus zu Berlin.

Hannover, 6. Dezember. Gestern Nachmittag ist der Kaufmann Sonntag, der in letzter Zeit sich durch welfische Demonstrationen auszeichnete, nach stattgehabter Hausdurchsuchung verhaftet und nach Dr. Minden gebracht worden. Ferner sind, um das geheime Central-Comité und die Verbreiter der antipreußischen Schriften zu entdecken, Hausdurchsuchungen gehalten worden. Man scheint aber nichts Verdächtiges gefunden zu haben.

Die beiden Unteroffiziere, welche nach Wien gereist waren, sind zurückgekehrt und haben den Bescheid mitgebracht, daß Jeder wissen müsse, was er zu thun habe. Daneben soll eine Fortzahlung der Kompetenzen für die Unteroffiziere, die nicht übertreten, in Aussicht gestellt worden sein. Unter diesen Umständen sind die hier sich aufhaltenden Unteroffiziere zum Theil dem Uebertreter nicht sehr geneigt und haben viele derselben in dem heutigen Termin die Erklärung abgegeben, daß sie der Aufforderung zum Eintritt in die preußische Armee nicht folgen würden, aber trotzdem den Fortbezug ihrer Kompetenzen beanspruchten. Das Unteroffizier-Korps des ehemaligen Garde-Husaren-Regiments hat ebenfalls beschlossen, nicht einzutreten. Unterstützt werden diese Weigerungen jetzt durch ein Gutachten des Göttinger Professors Zacharia über die rechtliche Natur der Kapitulation von Langensalza, welches die „Volks-Zeitung“ heute veröffentlicht. Zacharia erklärt die preußische Regierung für nicht berechtigt, den hannoverschen Offizieren die Alternative zu stellen, entweder in den preußischen aktiven Dienst überzutreten oder ihrer Pensionierung gewärtig zu sein, er vindicirt Offizieren und Unteroffizieren das Recht, ihre Kompetenzen auch über den 1. Januar hinaus zu verlangen und eventuell gegen den Fiskus beim hiesigen Obergerichte klagbar zu werden.

Celle, 4. Dezember. Die hiesige Polizei-Direktion hat folgende Besanftmachung erlassen:

Welsche Neckereien und Reibereien, denen das hiesige Königl. preußische Militär aller Grade in neuerer Zeit ausgegesetzt gewesen ist, insbesondere ein im Laufe der letzten Tage in der Neustadt vorgekommener Fall empörender Rohheit, in welchem ein Königl. preußischer Soldat in abendlicher Dunkelheit unerwartet auf dem Wege nach seinem Quartiere ohne jeden Anlaß von drei Männern überfallen, theils mit seinem ihm abgenommenen Seitengewehr, theils mit einem Messer mehrseitig verwundet, und durch Abhacken eines Daumens für seine Lebenszeit zum Krüppel gemacht ist, veranlassen die unterzeichnete Behörde zu der dringenden Aufforderung an die Familienväter und Arbeitgeber, nach Kräften durch Abmachung und Warnung dahin in ihren Kreisen zu wirken, daß Insolente derartige Fälle unterbleiben.

Darmstadt, 5. Dezember. Seit einigen Tagen werden auf hiesigem Artillerieübungsplatz Proben mit nach preußischem Muster angefertigten gezogenen Vierpfündern (dieselben waren von der

Großherzog. Regierung vor Ausbruch des Krieges in Witten bestellt worden; ihre Auslieferung wurde aber durch das Waffenausfuhrverbot verhindert) angestellt, welche glänzende Resultate liefern. Bei der Laffetirung hat man, um das reichlich vorhandene Material verwenden zu können, eine Kombination des hiesigen mit dem preußischen System angewandt.

Stuttgart, 6. Dezember. In letzter Zeit courierte hier das Gerücht, an die Stelle des Professors Pauli in Tübingen werde unser bekannter Historiker Dr. Wilhelm Zimmermann als Lehrer der Geschichte nach Tübingen kommen. Dieses Gerücht hat nach genaueren Erfundigungen einen Boden, indem Unterhandlungen ob-schweben sollen, von denen zu wünschen ist, daß sie zu einem Resultate führen. Zimmermann, der bekannte Verfasser des Bauernkriegs, der Hohenstaufen und nun des „denkwürdigen Feldzugs von 1866“ ist ein von dem vorigen Ministerium Linden im Anfang der fünfziger Jahre gemäßigter Professor, der durch seine Dialektik, verbunden mit scharfer geistiger Satyre, in der damaligen Landesversammlung schonungslos die damaligen Rechtsverletzungen tadelte und daher selbstverständlich nicht mehr im Staatsdienste bleiben konnte; später aber wieder eine Pfarrei im Oberamt Bradenheim erhielt, wofür er sehr beliebt ist.

München, 5. Dezember. Der Entwurf der Grundzüge zur neuen Heeresverfassung ist, wie man der Augsburger „Abztg.“ schreibt, soweit gediehen, daß der betreffende Vortrag bereits an die Mitglieder des Staatsrats autographirt zur Bertheilung gelangt ist. Wie man hört, sind die Reorganisationsvorschlüge sehr eingreifender Natur und wird von denselben auch der Wirkungsbereich der höheren Offizierschargen lebhaft berührt werden. Für die Formirung der Truppenteile soll der Territorialverband beibehalten, dabei aber der Regimentsverband beibehalten sein. Das Regiment würde mit 6 Bataillonen à 5 Kompagnien formirt und würde jedes Regiment nebst 1 Jägerbataillon eine Brigade bilden, d. h. an die Stelle der bisherigen Infanterie-Brigade treten. Dadurch würden die Generalmajore entbehrlich. — Auch der Entwurf des neuen Gewerbegesetzes soll vollendet sein und wird dem Staatsrat vorgelegt werden. Nach einer Bestimmung desselben sind die bisherigen Gewerbevereine, die Innungen aufgehoben. Jeder darf fortan ein oder mehrere Gewerbe in einer oder mehreren Lokalitäten an mehreren oder auch an einem Orte, worüber ihm die freie Wahl zusteht, ausüben. Die Anfassungsmachung ist bei Verlegung des Gewerbebetriebes an einen anderen Ort an demselben nicht notwendig.

Wien, 5. Dezember. Die Umwandlung der vorhandenen Gewehre in Hinterladungsgewehre nach Lindners System und die Anfertigung neuer nach dem Remington System nimmt ihren ununterbrochenen Fortgang. Zur Umwandlung sind 580,000, zur Neuanschaffung 420,000 Stück bestimmt; jene kostet 5 1/2 fl. per Stück, diese 25 fl. per Stück. Eine nette Ausgabe für den ohnehin verlegenen Finanzminister.

Paris, 5. Dezember. In dem Hafen von Toulon herrscht Thätigkeit wie seit dem Krim- und italienischen Kriege nicht gesehen worden. Eben sind die 6 Schiffe nach Civita Vecchia expedirt und jetzt sollen 25 Schiffe d. Transportschiffe nach Mexiko abgehen. Um etwaige Ungelegenheiten zwischen den verschiedenen Befehlshabern zu vermeiden, ist Vice-Admiral Fourichon zum Ober-Befehlshaber des ganzen Geschwaders ernannt worden.

London, 5. Dezember. Den Theil der amerikanischen Präsidenten - Bottschaft, der sich auf die auswärtige Politik bezieht, kann die „Times“ nur billigen. Sie findet jetzt selbst, daß es hohe Zeit sei, die Frage wegen der Alabama-Forderungen gütlich beizulegen und bedauert, daß nicht Lord Russell schon einen für beide Theile ehrenvollen Kompromiß in Aussicht gestellt habe. — Auch in Bezug auf Mexiko stimmt sie dem Präsidenten bei. — Weniger günstig beurtheilt die „Times“ des Präsidenten heimische Politik. Sein Trost gegen den Kongress müsse eher Verwunderung als Bewunderung erregen. — Die Republikaner — sagt sie — gebieten über eine so bewältigende Majorität, daß das Veto des Präsidenten dadurch nichtig wird. Es ist keine Schande, sich der Nothwendigkeit zu beugen, und wenn es je eine politische Nothwendigkeit gab, so ist es die, der Hr. Johnson sich noch immer unbeugsam widersetzt. Man dürfte keine Parallele ziehen zwischen diesem Widerstande und der Opposition des Königs von Preußen gegen die Kammer in Sachen der Armeereorganisation. — Im geraden Gegensatz zur Times sind die konservativen Blätter geneigt, den Widerstand Johnson's gegen den Kongress erhaben und bewundernswürdig zu finden, während sein festes Auftreten gegen die französische Besetzung von Mexiko ihnen weniger gefallen will.

St. Petersburg, 4. Dezember. Nikolaus Milutine, Reichsrathsmittglied, der Reorganisator Polens, ist, nachdem er seit einigen Tagen an einem leichten Unwohlsein gelitten, in der Nacht auf Montag von einem Schlaganfall betroffen worden, den die Aerzte als äußerst gefährlich, ja nahezu als hoffnungslos ansehen, und da meine Nachrichten nur bis gestern Abend reichen, so weiß ich nicht, ob überhaupt noch von einem Kranken die Rede ist. Die Aerzte konstatiren eine Herzerweichung und Paralyse der ganzen linken Körperseite; die Geisteskräfte waren gestern ungeschwächt, aber die Zunge gelähmt. Als Ursache des Uebels wird allgemein eine Ueberanstrengung am Arbeitstische angegeben, denn Milutine übertrat an Thätigkeit noch seinen Kriegeminister; sein Verlust würde sich sehr fühlbar machen.

Pommern.

Stettin, 8. Dezember. Bereits seit längerer Zeit ist man mit der umfassenden Reparatur eines Theiles des Dampfschiffbohrwerkes beschäftigt, indessen scheint die Vollendung dieser Arbeit noch in weiter Ferne zu liegen, was allerdings seinen Grund mit in der vorgerückten ungünstigeren Jahreszeit und der Kürze der Tage haben mag. Diese Verzögerung ist aber im Interesse des dadurch erhebliche Störungen erleidenden Verkehrs tief zu beklagen und sind wir der Ansicht, daß es wohl zweckmäßig gewesen wäre, für die Ausführung gedachter Arbeit eine geeignete Jahreszeit zu wählen, um dieselbe dann mit verstärkten Kräften auch schneller zu Ende zu führen. Allerdings wissen wir, daß man im Spätsommer bei dem damals besonders günstigen niedrigen Wasserstande mit der Arbeit beginnen zu lassen, deshalb nicht geneigt war, weil Störungen des Schiffsverkehrs möglichst vermieden werden sollten, indessen können wir wohl mit Recht fragen, hat sich diese Absicht denn nun

später realisiren lassen? Dies ist entschieden nicht der Fall und die Nachteile sind jetzt nur größer und andauernder. Wir können bei der bekannten Umsicht und Aufmerksamkeit unserer städtischen Baubeamten auch nicht glauben, daß man sich die Nothwendigkeit einer so bedeutenden Reparatur, wie sie jetzt ausgeführt werden muß, nicht vorher ganz klar gemacht habe und daß hierin die jetzige Verzögerung ihren Grund hat, jedenfalls aber haben wir es als unsere Pflicht erachtet, einen Uebelstand zur Sprache zu bringen, auf dessen Abhilfe für künftige Fälle unsere städtische Behörde gewiß bedacht sein wird.

— Heute früh 7 Uhr entstand in dem Hause Hofmarktstraße Nr. 14 ein Gardinenbrand. Die Feuerwehr war schnell zur Stelle, gelangte indessen nicht mehr zur Thätigkeit.

— In einer gestern im Lokal der Bürgerressource abgehaltenen Versammlung von Grundbesitzern aus Grünhof wurde ein Antrag an den Magistrat auf Weiterführung der Wasserleitung nach Grünhof beschloffen und von denjenigen Personen, welche sich zugleich zur Entnahme von Wasser verpflichten wollten, unterzeichnet.

— In Dramburg wird zu Ostern künftigen Jahres ein neues Schullehrer-Seminar für 25 Zöglinge eröffnet werden. Dieselben erhalten, wie auf den übrigen Seminarien, Wohnung, Heizung, Licht und Unterricht ohne Entgelt, die Beköstigung gegenmäßige Entschädigung. Zu Unterstüzungen für dürftige und würdige Zöglinge sind Geldmittel vorhanden.

Literarisches.

Braune, praktische Anleitung zur einfachen und doppelten Buchführung. Gotha. S. 306. Der Verfasser, seit einer Reihe von Jahren Direktor an der Handelsschule zu Plauen, führt den Lernenden ohne viele Regeln und gelehrten Kram unmittelbar in das Geschäftsleben ein. Es werden Geschäfte abgeschlossen und der Lernende erhält die Aufgabe, alle diese Vorgänge richtig zu buchen; er bemerkt dabei die mancherlei Schwierigkeiten, welche sich ihm aufdrängen und wird, indem er dieselben zu lösen versucht, zunächst in das Verständniß der einfachen, demnächst in das der doppelten Buchführung eingeführt und lernt dieselbe auf die verschiedenen Verhältnisse des Lebens anwenden. Das Buch erreicht dieses sein vorgesehtes Ziel vollkommen, es führt auf leichtem, praktischem Wege in das Verständniß der Buchführung ein und kann angehenden Kaufleuten und Fabrikanten warm empfohlen werden. Nach unserer Ansicht leidet freilich die ganze moderne Buchführung an dem Fehler einer ermüdenden und zeitraubenden Breite, welche die Arbeit und Uebersicht erschwert und kommt es darauf an, diesem Uebel abzuhelfen und die Kaufleute an ein mehr durchdachtes und streng logisches Buchführen zu gewöhnen, dies kann aber nicht die Sache des Anfängers, sondern erst des Meisters sein und konnte daher in diesem kleinen Werke kein Gegenstand der Anleitung sein.

Neueste Nachrichten.

Dresden, 7. Dezember. Es ist der Abschluß einer fünfprozentigen Anleihe des Königreichs Sachsen im Betrage von 4 Millionen Thaler nunmehr definitiv erfolgt. Die Anleihe ist von den Firmen M. A. v. Rothschild in Frankfurt a. M., Sal. Dypenheim in Köln, S. Bleichröder in Berlin, M. Kassel und sächsische Bank in Dresden und Kreditanstalt in Leipzig al pari übernommen. Die Zahlung der Zinsen erfolgt bei allen königlich sächsischen Kassen und den obengenannten Geschäftshäusern in Frankfurt, Köln und Berlin.

Wetzlar, 7. Dezember. Abends. In der heutigen Sitzung des Landtages, der 245 Mitglieder bewohnten, wurden in die Adresskommission gewählt: Deak, Andrássy, Erdős, Szentkiralyos, Czengery, Somssich, Miko, Kemenyi, Lonyay, Goyzdu, Bezeredj, Bay, Gorove, Jeyl und Krarischer.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Wien, 8. Dezember. Die amtliche Zeitung meldet: Eine Kaiserliche Entschließung vom 4. d. Mts. an den Kriegeminister nimmt von dem Beschlusse des obersten Militärjustizsenats, gegen Benedek, Hentkestein und Krimanic wegen ihres Verhaltens in dem letzten Feldzuge kriegsrechtliche Untersuchungen zu verhängen, Kenntnis, verordnet jedoch die Ablaffung von weiterem Gerichtsverfahren gegen diese oder andere ähnlicher Beschulden angeklagte Generale.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. Dezember. Witterung: bewölkt und stürmisch, Morgens und vergangene Nacht Regen. Temperatur + 5° R. Wind: W.

An der Börse.
Weizen höher bezahlt, schließt niedriger, loco pr. 85 Pfd. gelber 78 bis 83 R. bez., 83—85 Pfd. gelber Dezember 82 R. bez. u. Br., 81 1/2 Gd., Frühjahr 84, 83 1/2, 1/2 R. bez., Br. u. Gd.
Roggen Anfangs höher, schließt niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 53—55 R. bez., Dezember 54 1/2, 1/2 R. bez., Dezember-Januar 54 1/2 R. bez., Frühjahr 53 1/2, 1/2, 1/4 R. bez., Mai-Juni 53 1/2, 1/2 R. bez.
Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Rübsöl wenig verändert, loco 12 1/2 R. Br., Dezember 12 1/2 R. bez. u. Br., Dezember-Januar 12 1/2 R. bez. u. Br., April-Mai 12 1/2 R. bez. Spiritus höher bezahlt, schließt niedriger, loco ohne Faß 15 1/2, 1/4 R. bez., mit Faß 15 1/2 R. bez., Dezember 15 1/2, 1/4 R. bez., Dezember-Januar do., Frühjahr 16 1/2, 1/4, 1/2 R. Br.

Landmarkt.
Weizen 75—82 R., Roggen 54—58 R., Gerste 45—49 R., Erbsen 54—61 R. per 25 Schff., Hafer 27—30 R. per 26 Schff., Stroh. pr. Schoß 6—8 R., Ten pr. Ctr. 15—25 Gr.

Hamburg, 7. Dezember. Getreidemarkt fest, doch ruhig. Weizen pr. Dezember 5400 Pfd. netto 146 1/2 Bankothaler Br., 146 Gd., pr. Frühjahr 140 Br. u. Gd. Roggen für Termine 1 bis 2 R. höher, pr. Dezember 5000 Pfd. Brutto 88 Br., 87 Gd., pr. Frühjahr 88 Br. u. Gd. Del loco 26, 25 1/2, pr. Mai 27. Kaffee fest. Zink umjählos. — Regenwetter.

Amsterdam, 7. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen unverändert. Roggen loco ab Petersburg 5 fl. niedriger, auf Termine 3 fl. höher. Rapps pr. Mai 75. Rübsöl pr. Mai 41 1/2.

London, 7. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Englischer und fremder Weizen fast geschäftslos. Preise nominell, wie am vergangenen Montag. Frühjahrsgetreide unverändert. — Schönes Wetter.